



25.03.2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Bundestagswahl liegt nun bereits vier Wochen zurück und seitdem hat sich viel entwickelt. Zusammen mit meinem Wahlkampfteam und vielen engagierten Genossinnen und Genossen haben wir bis zum Wahltag um jede einzelne Stimme gekämpft. Mit dem „Waffelbulli“ waren wir überall im Wahlkreis unterwegs. Wir haben in den letzten Wochen unglaubliche 2500 Waffeln gebacken und sind darüber mit den Menschen ins Gespräch gekommen. Wir haben viel investiert, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Leider war es nicht so erfolgreich, wie wir es uns gewünscht hätten. Das Ergebnis trifft uns hart. Es gibt uns den Auftrag, ehrlich zu analysieren und uns sowohl inhaltlich als auch personell neu aufzustellen. Damit wir in vier Jahren wieder mit dem Ziel einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung antreten können.

Ich bedanke mich bei allen Wählerinnen und Wählern und freue mich auch dem neuen Bundestag anzugehören und mich weiter für gute Arbeit und einen starken funktionierenden Sozialstaat einsetzen zu dürfen.

Bereits früh nach dem Ausgang der Wahl war klar: Eine stabile Regierung zu bilden, die Deutschland nach vorne bringt und den angestoßenen Fortschritt der vergangenen Jahre weiterführt, wird ein schwieriges Unterfangen. Und: Es gibt keinen Automatismus für eine Regierungsbildung. Friedrich Merz hat mit der Union die Wahl mit einem für die Union schwachen Ergebnis gewonnen. Er steht jetzt in der Verantwortung eine Regierung zu bilden. [Das Sondierungspapier](#) hat viel Licht, aber auch viel Schatten. Ob wir am Ende einer Koalition zustimmen werden, entscheiden die Mitglieder nach dem der Koalitionsvertrag vorgelegt wurde. Ich freue mich sehr, dass ich gemeinsam mit meiner Kollegin Katja Mast für die SPD die Koalitionsverhandlungen in der AG 5 Arbeit und Soziales führen darf.

**Wir handeln
für Deutschland.
Wir verhandeln
für Dich.**

SPD Fraktion im
Bundestag

In den vergangenen Wochen kam der alte Bundestag nochmal zu zwei Sitzungen zusammen. Denn bis zur Konstituierung des neuen Bundestages heute, blieb das Parlament handlungsfähig und legitimiert. Das hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen noch einmal klargestellt. Schon im Wahlkampf war klar: Die Herausforderungen, vor denen wir stehen sind so groß, dass wir entschieden handeln müssen. Während andere Luftschlösser gebaut haben, die in keiner Weise seriös finanziert waren, haben wir immer deutlich gemacht, dass es aus unserer Sicht einen Investitionsschub geben muss, der dazu führt, dass wir zum einen in unsere Verteidigung und Infrastruktur investieren, aber auch in Pflege, Gesundheit und Bildung, dass wir Familien besser unterstützen und die Bekämpfung des Klimawandels Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen nicht überfordert. Wir haben immer deutlich gemacht, dass es für uns innere, äußere und soziale Sicherheit nur im Dreiklang geben darf. Auch daran ist die vergangene Koalition schlussendlich zerbrochen.

Mit den beschlossenen Grundgesetzänderungen haben wir das erste und zweite Ziel erfüllt. Und unser neuer Fraktionsvorsitzender Lars Klingbeil hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass es sich nicht nur um ein abstraktes Finanzpaket handelt, sondern ein gigantisches Paket für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, für Ihren Wohlstand und ihre Sicherheit. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Wir investieren in unsere Verteidigungsfähigkeit und die äußere Sicherheit, indem die Ausgaben für Verteidigung oberhalb eines Prozents des Bruttoinlandsprodukts von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Das gilt auch für Investitionen in die Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie die Cybersicherheit und die Nachrichtendienste.

Mit dem Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro außerhalb der Schuldenbremse werden wir in den kommenden Jahren in unsere Straßen und Schienen, in unsere Krankenhäuser und Schulen investieren. Ich bin sehr dankbar, dass uns dieser gute Kompromiss gemeinsam mit der demokratischen Mitte, mit den Grünen und der Union gelungen ist und wir nun die Investitionen starten können, die unser Land und unsere Wirtschaft wieder auf Augenhöhe bringen, damit unser Wohlstand gesichert wird und wir Arbeitsplätze sichern und neue entstehen können. Das Paket ist ein kraftvoller Anschlag für Deutschland. Und wir entlasten die Länder und Kommunen, indem wir den Verschuldungsspielraum der Länder auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dadurch haben Länder und Kommunen deutlich mehr Möglichkeiten, um eigene Investitionen zu tätigen. Zum Beispiel in Schwimmbäder oder Kitas.

Doch der Beschluss war wichtig und richtig, aber nur die halbe Miete. Denn jetzt geht es darum, dass wir in den Koalitionsverhandlungen eine zukunftsfähige Regierung bilden, die die großen Herausforderungen angeht. Wir wollen dabei vor allem niedrige und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, Familien stärken, den Mindestlohn erhöhen, die Tarifbindung stärken, die Mietpreisbremse verlängern und die Renten stabilisieren. Gleichzeitig wollen wir die Strompreise für Unternehmen senken und Zukunftsbranchen fördern. Ich hoffe, dass uns dies gelingen wird. Vieles davon ist aber nicht mit Schulden, sondern nur mit gerechten Steuern zu finanzieren.

Bei der heutigen Konstituierung des neuen Deutschen Bundestages ist das Parlament ganz offiziell zum ersten Mal zusammengekommen. Dabei standen vor allem Formalien auf der Tagesordnung, damit das Parlament arbeitsfähig ist und wir als gewähltes Parlament unsere Arbeit aufnehmen können. Als Bundestagspräsidenten wurde Julia Klöckner gewählt. Ich freue mich sehr, dass mit meiner Kollegin Josephine Ortleb eine junge, aber dennoch erfahrene Abgeordnete mit dem besten Ergebnis zur Vizepräsidentin gewählt wurde. Und ich bin froh, dass die demokratische Mitte des Parlaments einen Vizepräsidenten der AfD nicht gewählt hat. Rechtsextreme sollten keine führenden Ämter bekleiden. Und schon gar nicht die Vertretung des zweithöchsten Amtes, welches unsere Demokratie vorsieht. Die AfD ist gekommen, um unsere Demokratie zu zerstören. Ihr darf keine Macht in die Hände gegeben werden, um das Funktionieren unserer Demokratie zu sabotieren.



Wir Verhandlerinnen und Verhandler haben uns geeinigt, dass wir nichts aus den Arbeitsgruppen berichten. Auch wenn das nicht allen gelungen ist - bei uns war es bisher so. Deswegen kommt der Bericht zu den Verhandlungen dann mit dem nächsten Newsletter.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt